

Josef Esser, Wolfgang Fach, Werner Väth Strukturelle Arbeitslosigkeit und politisches Konfliktpotential. Die Krise der saarländischen Stahlindustrie*

Einleitung

Die Höhe der Arbeitslosigkeit in der BRD bewegt sich nun schon im 3. Jahr um die Millionengrenze; neben kurzfristig konjunktureller scheint für die nächsten Jahre längerfristig wirkende *strukturelle* Arbeitslosigkeit zum Hauptproblem für das Vollbeschäftigungsziel zu werden. Daß hohe und dauerhafte Arbeitslosigkeit für die davon Betroffenen kaum gutzumachende psychische, soziale und ökonomische Schäden und für die (Noch-)Beschäftigten zunehmende Daseins-Unsicherheit hervorruft, scheint evident. Weniger Klarheit herrscht in Wissenschaft und politischer Praxis über mögliche *Veränderungen des politischen Konfliktpotentials* bei struktureller Arbeitslosigkeit. Allgemein vermutet man eine Bedrohung des Stabilitätsniveaus und leitet daraus die Notwendigkeit eines forcierten Strukturwandels (*Modernisierung*) des ökonomischen Systems ab.

Zwei *Strategien* stehen einander gegenüber: die *eine, liberale*, baut auf die Selbstheilungskräfte des funktionierenden freien Marktes, der – nachdem die beiden Störfaktoren: staatliche Reformfreudigkeit und gewerkschaftliche Lohnpolitik diszipliniert sind – den Strukturwandel auf naturwüchsige Weise hervorbringt; sie nimmt dabei über eine längere „Durststrecke“ Arbeitslosigkeit bewußt in Kauf. Subjekt dieses Modernisierungsprozesses sind – mit anderen Worten – die objektiv wirkenden Bewegungsgesetze kapitalistischer Ökonomie. Die *zweite, staatsinterventionistische*, will mit dem Instrumentarium aktiver Strukturpolitik, flankiert von autonomer Beschäftigungspolitik, den Strukturwandel beschleunigen und die Arbeitslosigkeit rasch beheben (1). Subjekt dieses Prozesses ist also der Staat mit seiner qualitativ neue Wirtschaftspolitik.

Es liegt auf der Hand, daß die 2. Konzeption programmatisch von Sozialdemokratie und Gewerkschaften getragen wird. Von der *SPD*, weil strukturelle Arbeitslosigkeit Kernbereiche ihres Wählerpotentials trifft, die Vollbeschäftigungspolitik als zentraler Bestandteil sozialdemokratischer Programmatik ungläubwürdig

* Bei dieser Arbeit handelt es sich um eine gekürzte Fassung von: Esser/Fach/Väth: Die sozialen Kosten einer modernisierten Volkswirtschaft: Arbeitslosigkeit und gesellschaftliche Desintegration. Referat im Rahmen des Wissenschaftlichen Kongresses 1977 der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. In: Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 9/1978.

1 Programmatisch formuliert wurde diese Konzeption von Hauff/Scharpf, 1975; eine kurze Auseinandersetzung damit findet sich in Esser/Fach/Väth 1978.

wird, ihr wirtschaftspolitischer Anspruch effektiver ökonomischer Steuerung bei gleichzeitiger sozialer Stabilisierung ins Wanken kommt und der Druck von gewerkschaftlicher Seite zunimmt. Von den *Gewerkschaften*, weil die Sicherung der Arbeitsplätze bei ihren Mitgliedern höchste Priorität hat (noch vor Lohnerhöhungen), weil hohe und dauerhafte Arbeitslosigkeit das gewerkschaftliche Verhandlungspotential minimiert (Funktion der industriellen Reservearmee), schließlich Selbstverständnis und Existenz der Gewerkschaften bedroht.

Offenkundig hat sich dieses Programm gegen die strukturellen und politischen Widerstände des status quo nicht durchgesetzt; denn, mitgetragen von den „realistischen Kräften“ in Gewerkschaften und Sozialdemokratie, läuft derzeit ein ökonomischer Modernisierungsprozeß ab, der dem liberalen Konzept entspricht und strukturelle Arbeitslosigkeit in Kauf nimmt.

Unser *Erkenntnisinteresse* zielt darauf ab, die allgemein vermutete Veränderung des Konfliktpotentials aufgrund struktureller Arbeitslosigkeit für eine spezifische soziale Gruppe, die *gewerkschaftlich organisierten Lohnabhängigen*, in Abhängigkeit von *sektoralen, regionalen und politischen* Faktoren konkret zu untersuchen. Sektoral konzentrieren wir uns auf die seit 3 Jahren in einer tiefgreifenden Strukturkrise steckende Eisen- und Stahlindustrie; regional auf das dadurch von überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit betroffene Saarland; politisch darauf; ob die saarländische IG Metall ihre bisher kooperative Politik zu ändern gezwungen und in der Lage ist.

2. Entkopplung von Wachstum und Beschäftigung

Der faktische Verlauf der ökonomischen Entwicklung seit Beginn der Krise 1974, der nicht mehr lediglich als konjunkturelles ‚Tal‘, sondern als massive strukturelle Verwerfung (2) zu interpretieren ist, hat eine für die Bundesrepublik qualitativ neue Dimension des Beschäftigungsproblems eröffnet. Denn die Bedeutung der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit liegt – neben den bekannten und vergleichsweise harmlosen konjunkturellen und friktionellen Komponenten – gerade in ihrer – wenn auch qualitativ und quantitativ umstrittenen – strukturellen Komponente (3).

Da ökonomischen Strukturproblemen bis zu ihrem manifesten Ausbruch regelmäßig eine längere Latenzzeit vorausgeht, scheint es notwendig, den Zusammenhang zwischen Produktionswachstum und Beschäftigungsentwicklung in der Bundesrepublik über einen längeren Zeitraum zu verfolgen; dabei lassen sich im wesentlichen vier Phasen unterscheiden (Glastetter 1976, S. 22 ff.):

-
- 2 Ökonomische Erklärungen für diese Erscheinung sucht mit Hilfe von Strukturwandel-Theoremen vor allem die ‚Kieler Schule‘ zu entwickeln. Vgl. Fels/Schatz, 1976; Schatz, 1976
 - 3 Eine ausführliche, hier nicht zu referierende Diskussion über die unterschiedlichen Ansätze der bisherigen Problemanalysen zur strukturellen Arbeitslosigkeit (Politik-, Angebot/Nachfrage- und Kausalansatz) findet sich in Schmid, 1977.

a) Die erste Phase bildet die ökonomische Rekonstruktionsperiode während der 50er Jahre, in der sich bekanntlich die Konstellation zwischen Wachstum, Kapitalintensität und Kapitalproduktivität gesamtwirtschaftlich ausgesprochen günstig darstellt. Mit vergleichsweise geringem Investitionsvolumen lassen sich ausgeprägte Produktions- und Beschäftigungseffekte erzielen, weil der überwiegende Teil der Investitionen der Erweiterung der Produktionskapazitäten und nur ein kleiner Teil der Verbesserung der Kapitalausstattung der Arbeitsplätze dient (Buttler/Hof 1977, S.76 ff.). Entsprechend hoch ist während dieser Phase der beschäftigungspolitische Absorptionseffekt: d.h. trotz wegfallender Arbeitsplätze (1.3 Mill. im primären Sektor) ist die Arbeitsplatzbilanz per Saldo positiv. Das insgesamt steil ansteigende Erwerbspersonenpotential – die Wohnbevölkerung nimmt um 5,5 Mill. zu, die Erwerbsquote steigt auf über 48 % – wird nicht nur vollständig im Sekundär- und Tertiärsektor absorbiert, sondern zusätzlich sinkt die Arbeitslosenquote von 11 % auf ca. 1 %. Wachstumseffekt und Beschäftigungseffekt sind während dieser Periode also in geradezu idealer Weise miteinander verknüpft.

b) Während der zweiten Phase, von Anfang der 60er Jahre bis zur ersten Krise 1966/67, setzen sich bereits andere Entwicklungsdeterminanten durch. Aufgrund der Vollausslastung des Faktors Arbeitskraft erwächst ein unabweisbarer Zwang zu einer Forcierung der Kapitalintensivierung. Daß die Arbeitslosenquote durchschnittlich unter 1 % gehalten werden kann, gelingt vor allem dank einer deutlich sinkenden Erwerbsquote (durchschnittlich 44,5 %) bei weiter ansteigender Wohnbevölkerung und erheblich verminderten realen Wachstumsraten.

Für die sektorale Entwicklung der Wirtschaftsstruktur während dieser Phase ist der Tatbestand von Bedeutung, daß sich die Fähigkeit des sekundären Sektors zur Aufnahme weiterer Arbeitskräfte erschöpft. Einen Absorptionseffekt strukturell oder konjunkturell freigesetzter Arbeitskräfte weist nur noch der Dienstleistungssektor auf.

Während dieser Periode deutet sich also im warenproduzierenden Sektor der Effekt einer Entkopplung von Produktionswachstum und Absorption von Arbeitskraft bereits an.

c) Die dritte Phase, die sich bis zum Ausbruch der Krise 1974 erstreckt, weist ein erneut geändertes Entwicklungsmuster auf: Zwar werden im konjunkturellen Aufschwung ab 1968 reale Wachstumsraten bis zu 7 % erreicht, steigt die Wohnbevölkerung nur noch in ganz schwachem Ausmaß und sinkt die Erwerbsquote weiter ab. Trotzdem steigt die Nachfrage nach Arbeitskräften nicht mit dem Fortschritt der Produktionsraten: als zentrale Änderung der bisherigen Bedingungskonstellation des wirtschaftlichen Wachstums in der BRD kehrt sich das Verhältnis zwischen dem Wachstum des Kapitalstocks und der Kapitalintensität erstmals um, als Folge gehen Arbeitsplätze verloren.

Im sekundären Sektor bleibt die Beschäftigungsrate nahezu konstant, Arbeitskräfte nimmt nur noch der Tertiärsektor auf. Das herausragende Kennzeichen dieser Periode in der Entwicklung der Relation zwischen Wachstum und Beschäftigung besteht darin, daß trotz anhaltenden gesamtwirtschaftlichen Wachstums, der Entlastungseffekte durch eine sinkende Erwerbsquote und noch funktionierender Ab-

sorptionsfähigkeit des Dienstleistungssektors, die Arbeitslosenquote bereits ab 1970 kontinuierlich ansteigt, das dramatische Hochschnellen 1974 zwar konjunkturell ausgelöst wird, aber bereits längst strukturell durch die nunmehr auch gesamtwirtschaftlich dominante Entkopplung von Wachstum und Beschäftigung angelegt ist.

d) Der Verlauf der Krise ab 1974 zeigt recht bald ein Erscheinungsbild, das von einer ‚normalen‘ rezessiven Konjunkturphase signifikant abweicht und auf das Wirksamwerden der strukturellen Faktoren hinweist.

Die zunächst von der Preisentwicklung auf den Rohstoffmärkten ausgelöste Absatzkrise macht bereichsweise Überkapazitäten in der westdeutschen Industrie deutlich, mit dem sinkenden Auslastungsgrad sinkt auch die Kapitalrentabilität. Aufgrund des Kostendrucks und der Intensität des Einbruchs werden Arbeitskräfte nicht mehr (wie bei früheren konjunkturellen Rückgängen) gehortet, sondern in großem Maßstab entlassen; gleichzeitig läßt in der ersten Phase der Krise die Investitionstätigkeit stark nach (Sachverständigenrat 1976/77, S. 6).

Bereits 1976 wächst das reale Bruttoinlandsprodukt wieder um 5,4 %, die Zahl der Erwerbstätigen aber nimmt um ein weiteres Prozent ab. Die Investitionstätigkeit – auf einem für die Bundesrepublik ungewohnt niedrigen Niveau verbleibend – besteht zu weitaus überwiegenden Teilen aus Rationalisierungsinvestitionen (Sachverständigenrat 1967/77, S. 8), die zumindest kurzfristig Lohnkosten zu senken vermögen und damit eine einzelbetrieblich höchst sinnvolle Option darstellen. Gesamtwirtschaftlich aber verschärfen sie das Problem sektoraler Überkapazitäten und bewirken neben einer weiteren Steigerung der Arbeitsintensität die fortlaufende Vernichtung von Arbeitsplätzen. Da Erweiterungsinvestitionen völlig fehlen und auch in Zukunft nicht mehr erwartbar sind (ebd.), ist eine Absorption freigesetzter Arbeitskräfte im industriellen Sektor weitgehend ausgeschlossen.

Hinzu kommt, daß aufgrund einer, wenngleich schwächer ausgeprägten Rationalisierungswelle im Dienstleistungssektor auch dieser zur Aufnahme von Erwerbslosen außerstande erscheint; längerfristig zeichnet sich außerdem die bisherige Annahme von autonomen Beschäftigungsimpulsen des Dienstleistungssektors als Fehleinschätzung ab. Wegen restriktiver Haushaltsführung verhalten sich zudem die öffentlichen Arbeitgeber bei Bund, Ländern und Gemeinden beschäftigungspolitisch ausgesprochen prozyklisch.

Dieses in der Krise sichtbare Grundmuster dürfte auch die weitere ökonomische Entwicklung bestimmen. Der langfristig fallende Trend der Kapitalrentabilität (Altvater et al. 1974, S. 101 ff. bzw. S. 55 ff.) in der Gesamtwirtschaft erzwingt Investitionen, die vor allem eine weitere Erhöhung der Kapitalintensität bewirken. Liegen auf diese Weise allerdings die Zuwachsraten der Kapitalintensität (als dem Bindeglied zwischen Investitionen und Beschäftigung) über jenen des Kapitalstocks, gehen unweigerlich Arbeitsplätze verloren. Die Beschäftigungseffekte eines wirtschaftlichen Wachstums, das vorwiegend auf Intensivierungsinvestitionen beruht, sind gering (4).

4 Buttler/Hof 1977, S. 127 kommen bei alternativ angenommenen gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten zu folgenden alternativen Prognosen für die Arbeitslosenquote (jahresdurchschnittlich für die Jahre 1980 - 1990):

Gegenüber dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt gestalten sich die Bedingungen im industriellen Sektor noch ungünstiger: Bei bereits erreichtem hohen Stand der Produktionstechnik und Kapitalausstattung, sowie dem unter Weltmarktbedingungen erzeugten Zwang nach spezialisierten, qualitativ hochwertigen Industrieerzeugnissen erhöht sich die Notwendigkeit zu beschleunigter Kapitalintensivierung. Entsprechend steigt auch die Beschäftigungsschwelle – jener Punkt, ab dem bei identischen Veränderungsraten von Arbeitsproduktivität und Produktion Beschäftigung aufgebaut wird – im sekundären Sektor auf unrealistische Werte: es wären jährliche Zuwachsraten der Produktivität je Erwerbstätigem *und* der Produktion von je + 5 % erforderlich (Buttler/Hof 1977, S. 118).

Als vorläufiges Fazit scheint sich also herauszukristallisieren, daß der Verlauf der naturwüchsigen ökonomischen Entwicklung, wie er sich seit Beginn der Krise 1974 abzeichnen begonnen hat und bestimmend für die Zukunft bleiben wird, das gravierende wirtschaftliche Strukturproblem: dauerhaft hohe Arbeitslosigkeit hervorgebracht hat.

Die spezifischen Ausprägungen dieses Phänomens sollen nun im folgenden anhand der besonders betroffenen Branche: der Eisen- und Stahlindustrie, in der überdurchschnittlich anfälligen Region: dem Saarland, etwas eingehender dargestellt werden.

3. Ökonomische Anpassung und strukturelle Arbeitslosigkeit: Das Beispiel der saarländischen Stahlindustrie I

3.1. *Strukturwandel, Strukturkrise und Beschäftigungsabbau in der westdeutschen Stahlindustrie*

Die westdeutsche Eisen- und Stahlindustrie ist bereits seit Beginn der 60er Jahre einem tiefgreifenden *Strukturwandel* mit kontinuierlich wirkendem negativen Beschäftigungseffekt ausgesetzt; eine krisenhafte Zuspitzung der Lage, die es erlaubt, von einer *Strukturkrise* zu sprechen, existiert jedoch erst seit 1975. Während der 50er Jahre gehört sie zu den *expansivsten* Wirtschaftszweigen, die Zuwachsraten der *Nettoproduktion* liegen durchgängig über den Raten im Durchschnitt aller Industriezweige und weit über dem Wachstum des Bruttosozialprodukts. Das Produktionswachstum beruht zu rund 60 % auf Beschäftigungswachstum und nur zu rund 40 % auf einer Zunahme der Arbeitsproduktivität (Jessen 1977). Ab etwa 1962/63 verändert sich der Trend. Das Wachstum liegt stets unter dem der Gesamtindustrie und dem des Bruttosozialprodukts. Zur gleichen Zeit nimmt die Kapitalintensität zu und liegt 1971 um rund das 3-fache über dem Durchschnitt aller deutschen Unternehmen (Klaus/Lang, S. 2 ff.).

Dieser Wandel ist *1.* auf das veränderte Wachstumsverhältnis der beiden makroökonomischen Größen Konsum und Investition zurückzuführen. Während die

Gesamtwirtschaftliches Wachstum (in %)	4	3	2	0
Arbeitslose (in Tausend)	760	1490	2780	4350
Erwerbslosenquote (in %)	2.8	5.5	10.2	16.0

nominalen Investitionen von 1950 – 1960 um jährlich 13,7 % und nominaler Verbrauch um 10,6 % wachsen, verlagern sich diese Relationen ab 1960 aufgrund steigenden Volkseinkommens: die Investitionen steigen nur noch um durchschnittlich 8,6 %, der Konsum um 8,9 % (ebd., S. 4 ff.). Von den stahlverarbeitenden Industrien, dem Hauptabnehmer der eisenschaffenden Industrie, deren Erzeugnisse zu 2/3 im Investitionssektor und nur zu 1/3 im Verbrauch abgesetzt werden, haben lediglich der Fahrzeugbau und die Elektrotechnik als ausgesprochene Wachstumsbranchen ihre Stellung innerhalb der Industrie verbessern können, andere wichtige Stahlkonsumenten dagegen, wie Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie, Stahlbau, Maschinenbau, Schiffbau und Bauwirtschaft, weisen ein unterdurchschnittliches Wachstum auf (ebd. S. 31). Ein 2. Grund ist die Senkung des *spezifischen Stahlverbrauchs*. Neben einer Abnahme des gewichtsmäßigen Stahleinsatzes bei besseren Stahlqualitäten (zwischen 25 und 30 %) und Methoden, die das Lebensalter des Rohstoffs Stahl verlängern (*Entrostung*), tritt die *Substitution* von Eisen durch Aluminium, Kunststoff und Beton (S. 33). Ergänzt werden diese internen Faktoren 3. durch veränderte Bedingungen beim *Stahlexport*. Bis Anfang der 60er Jahre war dieser durch die Höhe der Produktionskapazitäten in Verbindung mit einem intakten Verteilersystem bestimmt. Aufgrund eines zunehmenden Angebotsüberschusses auf dem Weltstahlmarkt und der damit einhergehenden Verschärfung des Wettbewerbs mit dem Zwang zur Senkung der Produktionskosten kommt es zu beträchtlichen Anpassungsschwierigkeiten. Um den Exportanteil von 30 % der inländischen Gesamtproduktion bis 1974 zu halten, verändert sich die Sortenstruktur entscheidend. „An die Stelle des ursprünglich weitergehend durch die Nachfrage nach *Massenstählen* bestimmten Exports trat ... zunehmend ein Spezialhandel mit *Sonderstählen* und Stahlerzeugnissen hoher Qualität oder besonderen Ausmaßen, wie zum Beispiel Feinblechen oder Großrohren“ (S. 35).

Diese Faktoren zusammengenommen, bewirken bereits vor Ausbruch der weltweiten Stahlflaute ab 1975 einen permanenten *Beschäftigungsabbau*. Produktionswachstum wird durch Steigerung der Investitionsintensität und Arbeitsproduktivität erreicht, die Beschäftigtenzahlen gehen von 363.000 im Jahre 1962 (Höchststand) auf 316.000 im Jahre 1974 um rund 13 % zurück.

Somit kann festgehalten werden, daß das für die Gesamtindustrie kennzeichnende Charakteristikum seit Beginn der 60er Jahre: *Entkopplung von Produktions- und Beschäftigungswachstum* für die Stahlbranche in besonders ausgeprägter Weise gilt. Allerdings verläuft dieser strukturelle Anpassungsprozeß im Branchendurchschnitt ohne sonderlich dramatische Einbrüche im Beschäftigungsniveau. Seit Mitte der 60er Jahre verstärkt einsetzende Fusionen mit entsprechenden internen Umsetzungen sowie vor allem das gesamtwirtschaftlich ausreichende Absorptionspotential anderer Branchen und Sektoren sorgen für eine – jedenfalls an ökonomischen Indikatoren gemessene – relativ reibungslose Problembewältigung. Diese Konstellation ändert sich auch nicht während des größten Stahlbooms seit Kriegsende im Jahre 1974. Immense Zuwachsraten der Produktion (Erhöhung der Nettoproduktionswerte zwischen 1971 und 1973 um ca. 25 %) gehen einher mit einem Beschäftigungsabbau um ca. 3,5 %; die nochmalige Produktionssteigerung um 11 % 1974

erfolgt bei gleichbleibendem Beschäftigtenstand (Jessen).

Umso gravierender wirkt der Einbruch ab 1975: Nach einer fast stetigen Aufwärtsentwicklung der Stahlproduktion aller wichtigen stahlerzeugenden Länder der westlichen Welt bis 1974 ist deren Lage seit 1975 von sinkenden Produktionsergebnissen, fallenden Umsätzen, unausgelasteten Produktionskapazitäten, stillgelegten Betrieben, steigender Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sowie verschärftem Verdrängungswettbewerb bestimmt. Der prozentuale Anteil an der Weltrohstahlproduktion geht in den USA, BRD, Frankreich, Großbritannien zurück, in Japan und Italien stagniert er. Gleichzeitig schreitet die Verschiebung der Rangordnung der wichtigsten Rohstahlerzeuger der Welt zuungunsten der westlich-kapitalistischen Länder voran. 1976 steht die Sowjetunion vor den USA und Japan an der Spitze, nach der BRD (4. Platz) folgt bereits China vor Italien, Frankreich und Großbritannien; Platz 9 – 12 nehmen Polen, CSSR, Kanada und Spanien ein. Neben dem *Rückgang* vor allem der Stahlproduktion in der EG, der *starken Ausweitung* in den sozialistischen Ländern von 37,2 Mill. t (1950) auf 227,2 Mill. t (1976), dem imposanten *Aufstieg Japans* von 3 Mill. t (1950) auf 107,4 Mill. t (1976) ist für die derzeitige Lage das relative Anwachsen der Stahlerzeugung in den sog. *Billiglohn-Ländern* (Mexiko, Brasilien, Venezuela, Spanien, Südafrika, Iran, Nigeria, Indonesien) charakteristisch.

Mit einer Umkehrung dieses Trends vor allem für die europäische Stahlindustrie wird trotz kurzfristiger Produktionssteigerungen im 1. Halbjahr 1976 nicht gerechnet. An dem für die nächsten Jahre veranschlagten, jährlich um 3 % steigenden Weltstahlbedarf dürften die kapitalistischen Länder (außer Japan) kaum partizipieren (Eisen- und Stahl-Institut Brüssel; Prognos 7).

Für die deutsche Stahlbranche wirkt sich die Krise in einer seit 1975 *stagnierenden Rohstahlproduktion* (1975: 40.4 Mill. t; 1976: 42.4; 1977: geschätzt 40), einem *Rückgang des Anteils* an der Weltrohstahlproduktion von 10 % 1960 auf 6,2 % 1976, einem *sinkenden Nettoexportsaldo* (1974: 11 Mill. t; 1975: 4 Mill. t; 1976: 1 Mill. t; 1977: wahrscheinlich Umschlag zu Negativsaldo) und *unausgelasteten Kapazitäten* (Auslastung der Hüttenwerke 1976 60 %; der Walzwerke 52 %) aus.

Als Ursachen für die nun schon seit 3 Jahren anhaltende Krise werden neben konjunkturellen vor allem längerfristig wirkende strukturelle Faktoren genannt.

Konjunkturelle Ursachen sind neben der Weltrezession der Produktionsrückgang der meisten stahlverarbeitenden Zweige, wovon nur der vor allem Feinblech nachfragende Fahrzeugbau ausgenommen ist. *Strukturelle* Ursachen werden deutlich an der im Massenstahlgeschäft nicht mehr vorhandenen *Konkurrenzfähigkeit*, die in dem durch die konjunkturelle Abwärtsbewegung hervorgerufenen Preis- und Verdrängungswettbewerb umso stärker hervortritt.

Diese mangelnde Konkurrenzfähigkeit im Massenstahlgeschäft wiederum resultiert aus *Standort-Nachteilen*, *geringerer Produktivität*, ungünstigen Wechselkurs-Relationen, höheren *Lohn- und Materialkosten* sowie einem von den kapitalistischen Konzernen selbst eingeleiteten Prozeß der *Verlagerung* der Rohstahlproduktion in andere Regionen der Welt:

Die europäischen Stahlproduzenten an Ruhr, Saar, in Belgien und Nordfrankreich waren bei der Wahl ihrer *Standorte rohstofforientiert*, wobei die Nähe der

Kokskohle als dem wichtigsten Rohstoff ausschlaggebend war. Bereits in den 60er Jahren führte die technische Entwicklung im Verhüttungsprozeß mit metallurgischer Direktreduktion und Halbierung des Kokskohleverbrauchs durch gasförmige und flüssige Brennstoffe, Veränderung der Erzversorgungsströme hin zu überseeischen, eisenhaltigeren Erzen sowie die durch die technische Entwicklung im Schiffsbau verursachte erhebliche Senkung der Frachtraten im Überseetransport zu einer Lösung der Stahlerzeugung von ihren traditionellen Standorten in der Nähe von Kohle- und Erzgruben hin zu *Küstenstandorten*, wovon vor allem die japanische Stahlindustrie profitierte.

Japan und die Sowjetunion haben durch den Bau extrem wirtschaftlich arbeitender Riesenanlagen die *Produktivität* im Verhüttungsprozeß enorm gesteigert; dagegen wirken die europäischen Anlagen veraltet. Der Trend zu immer größeren Betriebsgrößen schränkt natürlich die Flexibilität hinsichtlich der Anpassung an Nachfrageschwankungen erheblich ein. Und da im Massenstahlgeschäft kaum noch qualitative Unterschiede möglich sind, ist das Verkaufs-Risiko der Länder mit günstigeren Standorten und niedrigeren Lohn- und Materialkosten weitaus geringer als das der Europäer. Dieser Konkurrenznachteil ließe sich wohl kaum dadurch ausgleichen, daß man diese Riesenanlagen nachbaut. Hinzu kommt jedoch noch die höhere Arbeitsproduktivität der Japaner: die zur Herstellung einer Tonne Rohstahl notwendige Arbeitszeit wurde dort von 69 Stunden 1955 auf weniger als 9 Stunden 1974 gesenkt. In der BRD betrug die Zeit 1974 12, in Frankreich 15, in Großbritannien 22 Stunden (The Economist, 12.2.77).

Die Strukturkrise erhöht Schnelligkeit und Intensität des Beschäftigungsabbaus. Neben einem Rückgang des *Beschäftigungsniveaus* in der BRD von 1974-76 um 3 % ist ein kontinuierlicher Anstieg der *Kurzarbeit* festzustellen; Ende 1976 arbeitet jeder fünfte deutsche Stahlarbeiter kurz, im Mai 1977 bereits jeder vierte. Im gesamten EG-Bereich sind Mitte 1977 rund 20 % aller Stahlarbeiter teilzeitbeschäftigt.

Auch alle *Strategien*, die die westdeutschen Stahlkonzerne zur Rettung ihrer ökonomischen Existenz langfristig einschlagen, laufen auf *Massenentlassungen* hinaus:

Neben das *Stillegen* veralteter personalintensiver Anlagen (1965 gab es in der BRD noch 145, 1975 noch 85 Hochöfen) und deren Ablösung durch kapitalintensive Großstahlwerke in japanischer Größenordnung (*Modernisierung*) soll eine weitere *Spezialisierung* auf höherwertige Qualitäts- und Edeltähle und der Abbau des Massenstahlgeschäftes treten. Ergänzt wird dieser Prozeß durch die Abkehr vom Konzept der reinen Stahlerzeugung und stärkerer Orientierung auf die *Stahlweiterverarbeitung* (Vertikale Integration). Dies alles erfordert wegen der hohen Kapitalkosten eine weitere *Konzentration* auf wenige leistungsstarke Einheiten.

Nur kurzfristig erfordert diese Langfriststrategie nach Auffassung der westdeutschen Manager eine Abstützung durch den seit Anfang 1977 von der EG-Kommission verabschiedeten „*Krisenplan*“. Dieser soll Produktion und Absatz im gesamten EG-Bereich mittels beschränkter Ablieferungsquoten, Mindest- bzw. Indikativpreise sowie Importrestriktionen regulieren, enthält jedoch auch Mittel für die Um-

stellung auf modernere, produktivitätssteigernde Anlagen und wird begleitet von einem aufwendigen Stahl-Forschungsprogramm.

3.2 Folgen für die saarländische Eisen- und Stahlindustrie

Die nun schon seit 3 Jahren fortwirkende sektorale Strukturkrise im Stahlbereich erfordert dann umso härtere ökonomische Anpassungsprozesse mit weitaus dramatischeren Beschäftigungsproblemen, wenn eine *regionale* und *lokale* Standortkonzentration der Branche mit *dominanter* Stellung in der Wirtschaftsstruktur wie im Fall des Saarlandes vorliegt.

Gemeinsam mit Lothringen und Luxemburg bildet das Saarland das durch seine Eisen- und Kohle-Monostruktur charakterisierte *Montan-Dreieck*. Fast jeder vierte Industriebeschäftigte und fast jeder zehnte Erwerbstätige arbeitet im Saarland in der eisenschaffenden Industrie. Damit ist die regionale Konzentration rund dreimal so hoch wie in Nordrhein-Westfalen, dem – nach absoluten Zahlen bemessenen – Zentrum der Eisen- und Stahlindustrie. Gegenüber dem Bundesdurchschnitt erreicht der regionale Konzentrationsgrad den mehr als 6-fachen Wert (Guckelmus). Mitbetroffen von rezessiven Erscheinungen sind dann auch die um den Stahlkern gruppierten und von ihm abhängigen Zuliefer- und Komplementärindustrien.

Weitere Standortnachteile verstärken die Beschäftigungsprobleme:

1. Die im Vergleich zu NRW zu *kleinen Betriebsgrößen* bewirken, daß die jährliche Rohstahlerzeugung pro Beschäftigtem zwar nicht sehr ausgeprägt, aber konstant unter dem entsprechenden Wert für die gesamte Branche liegt. Der Nettoproduktionsindex bleibt ab 1967 mit Ausnahme 1974 unter dem Branchendurchschnitt und ab 1975 scheint sich die Schere – wie bisher ersichtlich – zu öffnen.
2. Die bisher vorherrschende *einseitige Produktionsausrichtung* auf Massenstähle setzt die Saarlütten stärker als die anderen Werke, wo Spezialisierung und Weiterverarbeitung bereits früher forciert wurden, dem brutalen Verdrängungswettbewerb mit entsprechendem Preisverfall auf diesem Teilmarkt aus, so daß trotz Konstanthaltung der absoluten Produktionsziffern die Produktionswerte stärker zurückgehen.
3. Da eine *stahlverbrauchsintensive* Weiterverarbeitungsindustrie an der Saar fehlt, müssen die Konzerne ihre Produkte in andere Regionen der BRD oder ins Ausland ausführen (die Hälfte der saarländischen Stahlprodukte geht in den Export; die übrigen deutschen Hütten setzen nur 1/3 ihrer Produkte im Ausland ab). Insofern treffen Konjunktur- und Strukturkrise die Saarlütten weitaus stärker als die übrigen deutschen Hütten.
4. Das *Fehlen einer Wasserstraße* erschwert die Verbindung zu den vorteilhaften Küstenplätzen. Nachdem zunächst das Projekt eines Saar-Pfalz-Kanals lange Jahre debattiert, aber nicht verwirklicht wird, beginnen im Oktober 1975 die Bauarbeiten für einen Saar-Mosel-Kanal, mit dessen Fertigstellung jedoch frühestens 1983 zu rechnen ist.

Die konkreten Anpassungsstrategien der drei saarländischen Stahlkonzerne und die aktuelle Beschäftigtenproblematik sollen jetzt im einzelnen dargestellt werden:

Die *Stahlwerke Röchling-Burbach AG*, mit 18.600 Beschäftigten und einer Rohstahlproduktion von ca. 2.5 Mill. t jährlich die größte Hütte und gleichzeitig das größte Unternehmen des Saarlandes, hat bereits 1976 den Hüttenbereich unternehmensrechtlich vom Bereich Weiterverarbeitung getrennt. Seit Jahren forciert man die Umstellung der Rohstahlerzeugung auf größere personalsparende und qualitätsmäßig höherwertige Oxygen- und Elektrostahlwerke. Thomas- bzw. Siemens-Martin-Stahlwerke werden allmählich stillgelegt. 1979/80 soll ein neues Blasstahlwerk mit einer Kapazität von 2.3 Mill. t Rohstahl jährlich in Betrieb genommen werden (Geschäftsberichte 1975 und 1976). Die Beschäftigtenzahlen gingen in den letzten Jahren durch natürlichen Abgang, Vorziehen der Altersgrenze und Einstellungsstopp um 1.500 zurück; seit 1975 arbeiten 15.000 Belegschaftsmitglieder kurz. Im Februar 1977 gibt die Geschäftsleitung ein weiteres Rationalisierungsprogramm bekannt, dem noch 1977 1.300 bis 1.600 Arbeiter und 400 Angestellte zum Opfer fallen sollen; weitere Entlassungen werden angedeutet.

Für die betroffenen Arbeitsamtsbereiche *Völklingen* und *Saarbrücken* beträgt die Arbeitslosenquote bereits im Februar 1977, also vor den spektakulären Ankündigungen, 8.1 bzw. 8.3 %. Offene Stellen sind nicht vorhanden.

Auch die Stadt *Neunkirchen* lebt im wesentlichen von der Hütte der *Neunkircher Eisenwerke AG* (vorm. Gebr. Stumm). Die Rohstahlproduktion liegt knapp unter 1 Mill. t jährlich bei ca. 8.500 Beschäftigten. Neben der hauptsächlichlichen Produktion von Walzstahlerzeugnissen ist eine kleinere Abteilung Weiterverarbeitung im Werk *Homburg* angesiedelt. Durch natürliche Fluktuation reduziert sich die Belegschaft 1975 um 3.3 %, im 1. Halbjahr 1976 um weitere 2 %; der größte Teil der Mitarbeiter steht seit 1975 in Kurzarbeit. Seit 1974 werden Rationalisierungsmaßnahmen durchgeführt, die ebenfalls ein modernes Werk mit Sauerstoff-Blasverfahren, die Stilllegung eines SM-Stahlwerks und von sechs Thomas-Konvertern und einen größeren Anteil an Qualitätsstählen vorsehen. Wird bis Ende 1975 die Belegschaftsverringerung durch vorzeitige Pensionierung und Kurzarbeit aufgefangen, so führt die Umstellung auf den neuen Stahl-Konverter ab 1977 zu einer dramatischen Zuspitzung der Lage. Beim Arbeitsamt werden am 1.2.1977 Anträge auf Massenentlassungen bis Ende des Jahres gestellt: 900 Arbeiter und 150 Angestellte sind davon betroffen.

Die Ost-Region des Saarlandes, deren Hauptstadt Neunkirchen ist, hat seit 1960 aufgrund der hier besonders stark ausgeprägten Monostruktur von Bergbau und Stahlindustrie insgesamt 20.000 Arbeitsplätze verloren. Ende September 1976 beträgt in der Ost-Region die Arbeitslosenquote 8.5 %, allein in Neunkirchen 10 %. Auf 14 Arbeitslose kommt eine offene Stelle.

Die AG der *Dillinger Hüttenwerke* ist auf die Produktion von Fahrzeugblechen spezialisiert. Die Rohstahlerzeugung beträgt 1976 1.9 Mill. t, die Beschäftigtenzahl 5.676. Aufgrund der relativ guten Konjunktur im Fahrzeugbau kann sie ihre strukturellen Probleme durch stetige Rationalisierungsmaßnahmen in engen Grenzen halten. Die Beschäftigtenzahl wird durch Einstellungsstopp, natürlichen Abgang etc. von

6.240 1974 auf 5.676 1976 verringert. Seit 1975 stehen große Teile und seit Oktober 1976 fast die ganze Belegschaft in Kurzarbeit. Durch die starke Spezialisierung und zurückhaltende Personalpolitik in der Vergangenheit werden bisher spektakuläre Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation im Saarland vermieden, allerdings besteht auch hier keine Möglichkeit, andernorts freigesetzte Stahlarbeiter einzustellen.

Die bisherigen Rationalisierungs- und Modernisierungsmaßnahmen werden von allen 3 Hütten jedoch nur als erster Schritt angesehen. Unter *Stabilisierung des Montanbereichs* an der Saar verstehen die Konzerne längerfristig eine *engere Kooperation* bis hin zu einer Saarhütten-AG, auch wenn dem vorerst noch komplizierte Besitzverhältnisse entgegenstehen. Im Juli 1977 einigen sich die Konzerne auf ein *gemeinsames Hochofenwerk* in Dillingen, das künftig alle Hütten mit flüssigem Roh-eisen versorgen soll. Nach dieser Maßnahme werden 3.500 Stahlarbeiter bei Röchling und Neunkirchen überflüssig (Frankfurter Rundschau vom 2.8.77). Damit aber nicht genug. Für die nächsten Jahre soll nach Auskunft der Konzerne die Belegschaft von jetzt 37.500 auf höchstens 25.000 reduziert werden. Damit würden noch die Prognosen der IHK und der Prognos AG übertroffen, die mit einem Rückgang bis 1985 auf 27.000 (Prognos) bzw. 32.000 (IHK) rechneten (Prognos Nr. 7, S. 172; IHK 1976, S. 44).

Eine solche Entwicklung trübe eine Region, in der bereits im Februar 1977 27.900 Arbeitslose und 28.600 Kurzarbeiter registriert sind, die Arbeitslosenquote mit 7,4 % weit über dem Bundesdurchschnitt von 5,3 % liegt, wo auf 15 Arbeitslose eine offene Stelle kommt und die die niedrigste Erwerbsquote der BRD besitzt. Sie trübe Lohnabhängige, die im Saarland selber kaum Beschäftigungsalternativen vorfinden und aufgrund besonderer sozialstruktureller Bedingungen in ihrer Mehrheit nicht so mobil sind, um in anderen Teilen der BRD Arbeit zu suchen. Die mobilen Lohnabhängigen haben das Saarland längst verlassen; im Durchschnitt der letzten 10 Jahre sind pro Jahr 3.000 mehr ab- als zugewandert; die Abgewanderten sind überwiegend zwischen 18 und 40 Jahre alt und verfügen über das für Mobilität so wichtige überdurchschnittliche Ausbildungsniveau.

Die Landesregierung hat die Gefahr zu spät erkannt und versucht erst ab 1969 intensiver, die Ansiedlung neuer verarbeitender Industrien und die Ausweitung des Dienstleistungsbereichs zu forcieren. (Politische Gegner werfen ihr sogar vor, in den 60er Jahren zum Schutz der einheimischen Industrie teilweise bewußt die Neuan-siedlung neuer Betriebe verhindert zu haben.) Bisher ist diese Ansiedlungspolitik hinter den prognostizierten Soll-Werten zurückgeblieben; seit 1974/75 erleidet sie rezessionsbedingt sogar einen nicht erwarteten Rückschlag mit Betriebsstillegungen, Rationalisierungsmaßnahmen und dem Abwandern gerade angesiedelter, mit Subventionen geförderter Betriebe (IHK des Saarlandes, 1976, S. 10 ff.). Auch folgende Tabelle, die die Entwicklung der Industriebeschäftigten des Saarlandes enthält, demonstriert, daß die Monostruktur der saarländischen Industrie bisher nicht nachhaltig durchbrochen werden konnte:

Industrielle Beschäftigte im Saarland

	1965	1970	1976
Steinkohlenbergbau	39.600	26.900	22.300
eisenschaffende Industrie	43.000	39.400	36.500
Stahlbau	10.100	12.100	10.000
Maschinenbau	12.000	12.800	11.400
Fahrzeugbau	4.300	9.200	14.200
Elektrotechnik	8.000	9.600	8.100
Verbrauchsgüter	21.200	25.700	20.100
Insgesamt	171.000	168.900	152.600

Quelle: NZZ vom 7./8.8.77

Inwieweit hier ein Konfliktpotential für staatliche und gewerkschaftliche Legitimität entsteht, das zu gesellschaftlichen Desintegrationsprozessen führen kann, soll im nächsten Abschnitt allgemein untersucht werden.

4. Arbeitslosigkeit und Konfliktbereitschaft

4.1 Arbeitslosigkeit, Verelendung, Resignation

Die gegenwärtige und erwartbare Entwicklung der Arbeitslosenzahlen produziert immer wieder Spekulationen über die gesellschaftlich tragbare Obergrenze: 1 Million erzeugt amtliche Besorgnis und demonstrative Aktivität; 2 Millionen gehen (so Jochen Steffen) „an das Selbstverständnis der SPD, der Gewerkschaften, der Arbeiterbewegung“; 6 Millionen haben Hitler zur Macht verholfen. Solche Kalkulationen haben zumindest eines gemeinsam: Wissentlich oder unwissentlich werden sie auf dem Rücken der Betroffenen ausgetragen – nicht *ihr* Schicksal interessiert eigentlich, sondern der schlechte Eindruck, den es bei den (Noch-)Beschäftigten hinterlassen könnte. Deren Konfliktpotential wird offensichtlich sehr viel höher eingestuft als das des Arbeitslosen-„Heeres“.

Ob und inwiefern diese Arbeitslosen selbst für das gesellschaftliche Stabilitätsniveau eine Gefahr, vielleicht sogar die größere darstellen, dazu existieren bisher nur sporadische Überlegungen. Wenigstens für die BRD hat sich das Problem praktisch auch *noch* nicht direkt aufgedrängt.

Seine *systematische* Analyse hat an dem simplen Sachverhalt anzusetzen, daß in kapitalistischen Gesellschaften *Arbeitswillige* *arbeitslos* werden (Wacker). Die Tragweite dieser Diskrepanz zwischen subjektivem Wollen und objektiver Möglichkeit bemißt sich am Stellenwert, den *Arbeit* für „das“ Individuum hat. Von allen notwendigen gesellschafts- bzw. klassenspezifischen Qualifikationen zunächst einmal abgesehen, sind die *empirisch* ermittelten Resultate auf einen – freilich widersprüchlichen – Nenner zu bringen: den *Arbeitenden* kommt ihre Tätigkeit als im ganzen recht mühselige Angelegenheit vor, die man eben, um die eigene Existenz zu sichern, auf sich nehmen muß – es gibt keine andere Wahl. Dieser *instrumentellen* Orientierung ist Arbeit allein (materieller) *Reproduktionsfaktor* (dazu vor allem Goldthorpe et al. 1970).

Ganz anders fällt dagegen das Urteil derer aus, die um ihre Beschäftigung ge-

bracht worden sind – für sie scheint mit der Arbeit auch ein unersetzliches Stück ihrer Identität, das sinnstiftende *Organisationsprinzip* ihrer Lebenswelt verlorengegangen zu sein. Denn: „... für die meisten Männer in unserem Kulturkreis ist Arbeit offensichtlich das einzige Organisationsprinzip und der einzige Weg, um ihr Selbst auszudrücken und darzustellen“ (Komarovsky 1940, S. 81).

Was an der Oberfläche als individuelle Inkonsequenz erscheint – instrumentelle Reduzierung der Arbeit bei den Arbeitenden, existenzielle Aufwertung bei den Arbeitslosen –, „entspringt der widersprüchlichen gesellschaftlichen Formbestimmtheit des Produktionsprozesses selbst“ (Wacker 1976b, S. 88). Zugleich drückt sich darin die Doppelfunktion von (Lohn-)Arbeit aus, das Individuum physisch und psychisch zu „stabilisieren“, materielle Reproduktion und „Sinnstiftung“ (wie immer reduziert) zu garantieren.

Mit dem Verlust des Arbeitsplatzes fällt beides weg – systematischer Ersatz wird ökonomisch beschränkt (Arbeitslosenversicherung), sozial überhaupt nicht bereitgestellt. Die Gesellschaft schleift ihre Arbeitslosen mit, diskriminiert sie und profitiert dadurch von ihnen (industrielle Reservearmee).

Aus dem zweifachen „Einbruch“ der Arbeitslosen würde *verelendungstheoretisch* ein brisantes politisches *Konfliktpotential* folgen. Diese Vorstellung ist in anderem Zusammenhang schon kritisiert worden (Wagner 1976) und bestätigt sich auch hier nicht – zumindest, wenn eine revolutionäre Entwicklung erwartet wird: „Contrary to current belief the unemployed may develop a fascist rather than a radical attitude“. Die einleuchtende Begründung: „... they are sympathetic to fascism because, having practically nothing, they will support any system which promises them an easy way out of their distress ...“ (Eisenberg/Lazarsfeld 1938, S. 370).

Freilich – auch eine autoritäre Wendung setzt Aktivierungsstrategien voraus, an denen die Arbeitslosen sich orientieren können – von selbst sind sie zur Entwicklung einer politischen Perspektive unfähig, ihre Grundhaltung ist *Resignation*. Von ihr werden auch jene erfaßt, deren allgemeines Aktivitätsniveau noch nicht den Nullpunkt erreicht hat. Denn Teilnahme an politischen Veranstaltungen und Mitgliedschaft in politischen Organisationen bringt „keine sofortigen Resultate, sondern bedeutet nur einen Extra-Aufwand an Geld, Zeit und Energie, den sich allgemein nur die Arbeiter erlauben können, denen es noch verhältnismäßig gut geht. Die Arbeitslosen haben jedoch nichts zu opfern, weder Zeit noch Geld; sie können an keiner Politik auf längere Sicht interessiert sein, da ihre augenblickliche Lage nach sofortiger Änderung drängt. Nicht die Erweiterung ihres Horizonts, sondern die Verringerung entspricht ihren direkten Notwendigkeiten am besten. Die Organisationsaktivität würde sie in ihrem auch weiterhin individuell zu leistenden Existenzkampf eher behindern als unterstützen“ (Mattick 1969, S. 109). Dieses Kalkül wird durch ein anderes ergänzt und in seinem strukturell erzwungenen Konservativismus verstärkt – es geht um die bewußte oder unbewußte Realisierung „that all he has, little as it is, and all he can hope to have is bound closely to things as they are ... The change in emphasis is not apt to be rapid as long as the cultural stability and daily habits of men are intricately bound up with the arrangements and products of a capitalistic system“ (Bakke 1969, S. 58 f.). Dieser Tatbestand spielt für die Frage nach

möglichen gesellschaftlichen Desintegrationsprozessen eine wichtige Rolle; sein Geltungsbereich muß allerdings in doppelter Hinsicht relativiert werden: erstens lockert Arbeitslosigkeit die soziale Verankerung des einzelnen; das, zweitens, umso stärker, je länger sie andauert und je geringer die Chance auf (adäquate) Wiederbeschäftigung wird. Ist eine „Erschöpfungsschwelle“ erst einmal überschritten, bleibt Apathie die einzige Bindung an den status quo – mit welcher Belastbarkeit, läßt sich allein situationspezifisch ausmachen: während historische Erfahrungen skeptisch stimmen, existiert andererseits doch der empirische Befund, daß politische Entfremdung nach einer gewissen Zeitspanne wieder abnimmt (Aiken et al. 1968, S. 102). Jedenfalls kann nicht ohne weiteres geschlossen werden, daß aus der faktischen Übernahme einer Vollbeschäftigungsgarantie dem versagenden Staatsapparat von den (potentiell oder aktuell) Geschädigten „ein gefährliches Legitimationsdefizit“ drohe (Paul/Wacker 1975, S. 67). Sei es, weil seine Durchsetzungskapazität gegenüber den ökonomischen Machtgruppen schon immer skeptisch beurteilt wurde (Baethge/Schumann 1975), sei es, weil man ihm unter Umständen noch im Mißerfolg den guten Willen hoch anrechnet (Eckart et al. 1974); sei es schließlich, weil das *vage* Krisen- und Ohnmachtsbewußtsein keine entsprechenden *Handlungen* hervorruft (man geht pflichtschuldig weiter zur Wahl – Aiken et al. 1968, S. 102; generell: Citrin 1974) oder weil die einst verbitterte Apathie sich mit dem status quo allmählich arrangiert (Aiken et al. 1968, S. 96).

4.2 Konfliktpotentiale

Dann hätten doch all jene recht, denen Arbeitslosigkeit an sich kein legitimatorisch relevantes Problem zu sein scheint? Dieses Fazit wäre vorschnell, weil es zumindest zwei Prämissen vernachlässigt. Erstens: der Skizze des Handlungs- und Widerstandspotentials bei Beschäftigungsverlust liegt ein bestimmter Typ von Arbeitslosen zugrunde: „Der des im ‚besten Schaffensalter‘ stehenden männlichen, leistungs- und aufstiegsorientierten, von seiner Unersetzbarkeit für den Betrieb überzeugten und an die Sicherheit seines Arbeitsplatzes glaubenden Facharbeiters ...“ (Brandes 1977, S. 216). Brandes weist richtig darauf hin, daß die physisch-psychischen Reaktionsweisen dieses Arbeiter, „kerns“, der „unteren Schicht des primären Arbeitsmarkts“ (Freiburghaus/Schmid 1975), nicht umstandslos auf solche Schichten zu übertragen sind, deren Arbeitsplatzrisiko *permanent* hoch ist: *Un- und Angelernte* sowie nichtausgebildete oder *arbeitslose Jugendliche*, um von den verschiedenen Gruppen nur den Kreis herauszugreifen, dessen Verhaltensformen sich noch am ehesten staatlichen/gesellschaftlichen Domestizierungsversuchen entziehen könnte. Tatsächlich hat Arbeitslosigkeit für ihn wohl keine demoralisierenden Effekte: er „übt sich ein in die Dauersituation des Arbeitslosen oder Gelegenheitsarbeiters“ (Brandes), dessen Identität sich von Arbeit schrittweise abkoppelt, der beginnt, eine „(Gegen-)kultur der Arbeitslosigkeit“ (Schwartz/Henderson 1965) aufzubauen. Statt protestantischer Ethik leitet ihn eine vorkapitalistische Arbeitsmoral – von D. Defoe (1704) einst auf die bissige Formel gebracht: „There is a general taint of slothfulness upon our

poor; there's nothing more frequent for an Englishman than to work untill he has got his pocket full of money, and then to go and be idle, *or perhaps drunk* till 't is all gone“.

Diese Renaissance des kurzfristigen Überlebensplans „von der Hand in den Mund“ mit Hilfe allerlei legaler oder illegaler Aktivitäten macht seine Anhänger für den Arbeitsprozeß unbrauchbar (Schwartz/Henderson 1965) – doch daß sie, selbst bei erwartbar zunehmender Verbreitung, die Keimzelle eines status-quo-gefährdenden „way of living“ bilden (so mit unterschiedlicher Sicherheit: Schwartz/Henderson 1965; Leggett/Street 1965; Brandes 1977), ist eher unwahrscheinlich. Denn reproduzieren kann sich die Arbeitslosenkultur nur als *Subkultur*, vor dem Hintergrund einer dominanten und intakten Arbeitsmoral, an deren Produkt sie mehr oder weniger parasitär partizipiert: individuell, bestenfalls hordenmäßig vorgehend, ohne Tendenz zur (aktiven) Ausweitung.

Zweitens: die systemstabilisierende Segmentierung des Arbeitslosen, „heeres“ in isolierte, ihr Schicksal passiv erleidende Individuen ist keine sachgesetzlich-unumstößliche oder -unumkehrbare Tendenz. Zwar müssen ökonomisch beschränkte Initiativen aus dem Betroffenenkreise selbst heraus wegen vielerlei Behinderungen scheitern (vgl. Bakke 1969, S. 82 ff.; Mattick 1969, S. 93 ff.; Brandes 1977, S. 230), doch lassen sich zeitlich, sozial und sachlich verschobene *Kollektivstrategien* durchaus denken und sind auch praktiziert worden:

- *zeitliche* Verschiebung meint: Widerstand schon im *Vorfeld* der Arbeitslosigkeit oder im Punkte ihres Eintritts (Entlassung), wo die Spaltung der Arbeitslosen untereinander und von ihren weiterbeschäftigten Kollegen noch nicht etabliert ist (Coates 1973; Wacker 1976b, S. 146 ff.; Brandes 1977, S. 231 f.). Spektakulärste Reaktionsform ist die *Betriebsbesetzung* (Paradebeispiele: LIP in Frankreich, Seibel-Erwitte in der BRD, UCS in Schottland, Enka-Glanzstoff in Holland). Daß sich mit dieser Variante je nachdem große Hoffnungen oder aber arge Ängste verknüpfen, liegt weniger am kurzfristigen, schnell reparablen „Enteignungs“-Effekt als an dem initierten „Klassen-Lernprozeß“ (Wacker) und seiner Ausstrahlung: die herrschende Markt- und Eigentumsideologie wird „angekratzt“, sie „hätte keinen größeren Schlag erleiden können als durch die jüngste Bewegung der Fabrikbesetzungen, die eine radikale Herausforderung an das heilige Recht auf Privateigentum und eine vernichtende Kritik an den Harmonievorstellungen des freien Marktes darstellen“ (Coates 1973, S. 240). Allerdings: zumindest in der BRD scheinen sich Realisierungschancen und Erfolgsaussichten spontaner Besetzungsaktionen in (örtlich/zeitlich) engen Grenzen zu halten: das gering entwickelte allgemeine Konfliktbewußtsein (dank einer fragmentierten Arbeiterklasse, wohlfahrtsstaatlicher Daseinsvorsorge, „volks“parteilicher Nivellierung, „kooperativer“ Gewerkschaftspolitik) verhindert weitgehend ein „Überschwappen“ aggressiver Aktionen;
- *soziale* Verschiebung meint: die Mobilisierung der Arbeitslosen geschieht von *außen*, durch „radikale“ oder sich „radikalisierende“ politische (u.U. auch gewerkschaftliche) Organisationen. Sie dringen in das entstandene normative Vakuum ein und propagieren den, sei es schleichenden, sei es abrupten Regime- oder Sy-

stemwechsel als einzig wirksames Abhilfeprogramm. Der Notsituation entsprechend hat jene Strategie den meisten Zulauf zu erwarten, die den schnelleren, risikoloserem, unkomplizierterem Erfolg verspricht (Eisenberg/Lazarsfeld 1938, S. 370; Bakke 1969, S. 46 ff.): eine Regimeveränderung auf dem Boden der existierenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung – d.h. die totalitäre Variante. Aber auch derartige Bewegungen haben keine Erfolgchance, wenn sie bei den *Arbeitenden* nicht Fuß fassen können – eben solange, wie, um Mattick zu wiederholen, „die große Mehrheit noch imstande ist, auf Basis der bestehenden gesellschaftlichen Bedingungen auskömmlich zu leben“;

- *sachliche* Verschiebung meint: der Kristallisationspunkt: Arbeit wird aufgelöst zugunsten einer Artikulation umfassender „*Lebens- und Überlebensinteressen*“ (Brandes) des Reproduktionsbereichs – Arbeitslosigkeit steht dann im politisch-organisatorischen Kontext von menschenwürdigem Wohnen, Umweltschutz, humaner Schule etc. . „Hier könnte ... ein Ansatz liegen, um zu gemeinsamem Handeln von Arbeitslosen und Arbeitenden zu kommen, das in sich Momente des Widerstands gegen die kapitalistisch bestimmte Form der Arbeit enthält und nicht nur unmittelbare, begrenzte materielle Interessen artikuliert“ – so Brandes (1977, S. 232 f.). Das strategische Kalkül mit breitenwirksamen Einbruchsstellen *gebrauchswert*regulierter Interessenperzeption in die dominante *Tauschwert*orientierung überzeugt indessen kaum mehr als in anderen Zusammenhängen (Offe 1972; Wagner 1976). Dies wegen der sozial und politisch äußerst heterogenen Verankerung des „Initiativen“-Booms; vor allem aber, weil sich „Lebensqualität“ bloß leisten kann, wer materiell abgesichert ist – also gerade nicht die (aktuell oder potentiell) Arbeitslosen. Daran haben erst jüngst Stellungnahmen von Gewerkschaftsvertretungen und Betriebsräten erinnert: Kernkraftwerke, obwohl eingestandenermaßen riskant, sollen der Beschäftigungsmöglichkeiten wegen gebaut werden – Waffenexporte, obwohl eingestandenermaßen amoralisch, sollen erleichtert werden, um die Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie zu sichern.

Das Fazit, um wieder an unsere Ausgangsfrage anzuknüpfen, bleibt mithin negativ. Für die BRD und in der gegenwärtigen Arbeits- und Lebenssituation ist das Phänomen: Arbeitslosigkeit kein stabilitätszerstörender Faktor – von daher droht unmittelbar weder eine Veränderung des politischen Herrschaftssystems noch der ökonomischen Verfügungsstrukturen.

Gesellschaftliche Desintegration findet nicht statt, obwohl massenhaft Individuen entsozialisiert werden, d.h. aus dem Tauschsystem herausfallen. Dies macht nochmals den grundlegenden Stabilisierungsmechanismus der bürgerlichen Gesellschaft deutlich: sie kann sich *sozial* eine Zerstörung *individueller* Identität so lange leisten, wie es ihr gelingt, die Herausbildung *kollektiver* Identität zu verhindern. Dazu Baethge/Schumann: „Als gesellschaftliche Integration fördernd sehen wir solche Momente im gesellschaftlichen Denken der Arbeiter an, in denen sich tendenziell das Bewußtsein der kollektiven Klassenlage, der Notwendigkeit kollektiver Interessenvertretung und eine Perspektive grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen verflüchtigt und statt dessen Interpretationsmuster individueller Lebensgestaltung und Vorsorge in den Vordergrund drängen“ (1975, S. 44).

Das Resultat dieses Mechanismus – die Isolierung der Arbeitslosen untereinander wie von den Arbeitenden – läßt sich an *individuellen Bewußtseinsformen* und *Verhaltensweisen* festmachen. Seine Realisierungsvoraussetzungen reichen jedoch weiter: in den ökonomischen, rechtlichen und politischen „Raum“. *Ökonomisch*: der von den Arbeitenden geschaffene Wert muß hinreichen, um die Reproduktion auch der Arbeitslosen irgendwie zu sichern; *rechtlich*: gesellschaftliche Widersprüche werden via Verrechtlichung in persönliche Ansprüche transformiert und dadurch neutralisiert (Tennstedt 1976); *politisch*: die Interessenvertretung der Arbeiterklasse ist im „Block an der Macht“ integriert und bewirkt faktisch die Desorganisation ihrer Klientel (Poulantzas 1975).

Während – wieder auf die BRD bezogen – dieser Stabilitätskomplex ökonomisch und rechtlich, permanenter Schwankungen ungeachtet, keine integrationsgefährdenden Aufweichungstendenzen zeigt, dürfte gerade im Zuge einer gelingenden volkswirtschaftlichen Anpassungs-Modernisierung seine politische Konsolidierung prekär werden. Dann nämlich, wenn der konkurrenzbestimmte Rationalisierungskurs quantitativ wie qualitativ Konsequenzen zeitigt, die das „Systemvertrauen“ der Massen und Massenorganisationen erschüttern.

Quantitativ: Die empirisch nachgewiesene Entkoppelung von Wachstum und Beschäftigung impliziert nicht nur, daß wachstumspolitische Strategien Arbeitsplätze eher vernichten, sondern auch, daß beschäftigungspolitische Maßnahmen das Wachstum eher beeinträchtigen. Solange Wachstum der zentrale volkswirtschaftliche Imperativ ist (und sein muß), haben arbeitsmarktpolitische Programme deshalb primär symbolischen Charakter: sie suggerieren dem *Arbeitenden*, für die Sicherheit seines Arbeitsplatzes werde gesorgt, und erwecken beim *Arbeitslosen* den Glauben, sein Zustand sei nur vorübergehend, veränderbar durch individuelle Chancenauswertung. Ihre Glaubwürdigkeit verhält sich freilich umgekehrt proportional zur Nachfrage: je weiter die (objektive) Enttäuschungsrate beim *aktuellen* Interessentenkreis steigt, desto mehr verliert beim *potentiellen* das Pazifizierungsmanöver an Effekt – die Sicherheitsillusion schwindet (Bierbaum et al. 1977) und mit ihr die Barriere zu den Arbeitslosen. Arbeitsplatzverlust kann nicht mehr umstandslos als *individuell* verschuldet und daher vermeidbar interpretiert werden – Konturen einer *kollektiven Existenzbedrohung* (vgl. Nickel 1972) beginnen sich abzuzeichnen (*Verunsicherung* „unten“).

Qualitativ: Das Risiko des Arbeitsplatzverlustes ist bislang ungleich verteilt gewesen und auf bestimmte „Problemgruppen“ mit besonders niedriger Konfliktfähigkeit abgeladen worden: Un-/Angelernte, Ausländer, Ältere, Frauen, Jugendliche. Doch der Rationalisierungs-, Dequalifizierungs- und Verlagerungstrend geht unaufhaltsam weiter (vgl. Fröbel et al. 1977), die technologische Entwicklung trifft zwangsläufig auch den Arbeiter „kern“, das Rekrutierungsfeld des *gewerkschaftlichen Mitgliederstammes*. Kooperative Gewerkschaftspolitik führt sich hier ad absurdum und beginnt abzubröckeln. Allein um ihres organisatorischen Bestands willen sind Gewerkschaften dann gezwungen, zur staatlichen Wirtschaftsregulierung Distanz zu gewinnen; im „Block an der Macht“ entstehen Risse. Daß dieses Umlernen *faktisch* in Gang kommt, demonstriert das Verhalten der IG Druck und Papier in den

Druckerstreiks (Erd 1976; Schaile 1976) (*Verunsicherung „oben“*).

Das Zusammentreffen von quantitativer Ausdehnung und qualitativer Zuspitzung, von institutioneller und massenhafter Verunsicherung könnte auch dann eine *politische* Gefährdung des status quo heraufbeschwören, wenn es nicht „flächendeckend“ auftritt, sondern – der wahrscheinlichere Fall – in bestimmten Regionen/Sektoren *konzentriert* ist. Am Beispiel: Energiepolitik wird exemplarisch deutlich, wie leicht ein selbst über lange Zeit „anfechtungsfreies“ politisches System unversehens aus dem Gleichgewicht gerät und welche unerwartet weitreichenden Konsequenzen daraus entstehen können.

5. Konfliktpotential und gewerkschaftliche Strategie:

Das Beispiel der saarländischen Stahlindustrie II

5.1 Gewerkschaften und das Problem der Arbeitslosigkeit

Daß es – nicht nur programmatisch – das primäre Ziel jeder Gewerkschaftspolitik sein muß, für Arbeitsplatzsicherheit und Vollbeschäftigung zu sorgen, liegt auf der Hand. Dies gebietet ihr organisatorisches Bestands- wie strategisches Handlungsinteresse: Arbeitslose zahlen keine Beiträge, drücken das Lohn-/Humanisierungsniveau, reduzieren den Konfliktspielraum und mindern allein durch ihre Existenz die gewerkschaftliche Attraktivität an der Basis.

So fehlt denn in DGB-Grundsatz-/Aktionsprogrammen niemals das Ziel der „gesicherten Arbeitsplätze“. Zwar schaffen, wie man weiß, „Dynamik und Wachstum der Wirtschaft“ nicht nur neue Arbeitsplätze, sondern vernichten auch alte – doch sollen sich, grob-kalkuliert, die Bewegungen neutralisieren. *Friktionen* am Rande sind sozialpolitisch zu kompensieren (Rationalisierungsschutzabkommen, Sozialpläne), gegen *strukturelle* Reibungen hilft eine antizipative Arbeitsmarktpolitik (Ausbau von Berufsauf-/fortbildung, Verbesserung der Arbeitsmarkt-/Berufsforschung).

Allerdings: Seitdem die Entkoppelung von Wachstum und Beschäftigung ihre Prämisse obsolet gemacht hat, stimmt diese Rechnung nicht mehr: um den quasi automatischen Ausgleich der Arbeitsplatzbilanz zu gewährleisten, bedürfte es jetzt einer unerreicht hohen Produktionsausweitung.

Aus der (scheinbar) „prästabilisierten Harmonie“ ist ein existentielles Dilemma geworden: wirtschaftliches Wachstum *und* Vollbeschäftigung war das programmatische Credo kooperativer Gewerkschaftspolitik; jetzt heißt Wachstum *oder* Beschäftigung ihre prekäre Alternative – die *faktisch* freilich keine ist. Denn unter den Bedingungen kapitalistischer Weltkonkurrenz wäre eine konsequent betriebene *autonome Beschäftigungspolitik* volkswirtschaftlich selbstzerstörerisch.

Daß genau diese autonome Beschäftigungspolitik neuerdings zum gewerkschaftlichen Programm erhoben wird („Vorschläge des DGB zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung“, Juli 1977), macht dreierlei deutlich: die Gewerkschaften reagieren auf das ihnen strukturell aufgenötigte Dilemma, unterschätzen aber, zweitens, bewußt oder unbewußt seine Dimension: Unternehmer werden als autonom

agierende Subjekte angesehen, deren konzentrierte politisch-ökonomische Macht nur gleichmäßig auf Kapital, Arbeit und Staat verteilt werden muß, um Profit- und Beschäftigungsinteresse wieder zu „versöhnen“. Darum fordern sie, drittens, das ebenso Naheliegende wie Unmögliche: die *radikale* Umkehrung des gesellschaftlichen Prioritätsmusters *im Rahmen* des gesellschaftlichen status quo: „... das Grundrecht auf Arbeit, d.h. das Recht jedes Arbeitnehmers, der arbeiten kann und will, auf einen angemessenen Arbeitsplatz unter menschengerechten Arbeitsbedingungen (muß) Vorrang vor dem privaten Gewinninteresse haben“.

Der gewerkschaftliche Kooperationskurs hat damit eine neue (und letzte) Rückzugslinie erreicht: ihre unausgetragene Widersprüchlichkeit ist die Vorstufe des offenen Konflikts. *Praktische* wie *programmatische* „Übergangswahrscheinlichkeit“ gehorchen freilich weniger logischen Zwängen denn sozialen Machtkonstellationen.

5.2 Gewerkschaftskrise im Saarland?

Die saarländische „Szene“ begünstigt einen gesellschaftlichen Desintegrationsprozeß in mehrfacher Hinsicht:

- die Stahlindustrie steckt in einer tiefgreifenden Verwertungskrise, angezeigt durch hohe Verluste, allgemeine Kurzarbeit (seit 1975), weitreichende Rationalisierungs- (Konzentrations-)Strategien, vorbereitete und prognostizierte Massenentlassungen;
- dank der ausgeprägten industriellen Monostruktur (Stahl, Kohle) stehen im Krisenfall kaum alternative Arbeitsplatzangebote zur Verfügung;
- der gewerkschaftliche Organisationsgrad im Stahlsektor liegt mit 73 % weit über dem Bundesdurchschnitt; einen ähnlich hohen Anteil kann die IG Metall bei Betriebsratswahlen erwarten;
- die Gewerkschaftsbasis zeichnet sich durch eine vergleichsweise hohe Konfliktbereitschaft aus: abzulesen an ihrer massiven Beteiligung an den spontanen Streiks 1969 (7.000 Stahlarbeiter in Neunkirchen) und 1973 (7.000 in Neunkirchen, 10.000 in Völklingen). Die Gewerkschaftsdemonstrationen gegen angekündigte Massenentlassungen anfangs 1977 zählten zusammen 23.000 Teilnehmer (Neunkirchen, Völklingen und Saarbrücken) und fanden breite Unterstützung in der Bevölkerung bis hin zu den Kirchen.

Trotz dieser „objektiv“ brisanten Lage herrscht einstweilen relative Ruhe, auch die Gewerkschaftspolitik verläuft in alten Bahnen. Sozialpläne und gewerkschaftliche Hilfsappelle an Bundes- bzw. Landesregierung haben genügt, die Wogen wieder zu glätten. Daß das Pazifizierungsprogramm ein weiteres Mal Erfolg hatte, liegt an der quantitativ wie qualitativ *noch* beherrschbaren Problemdimension. „Freiwillige“ Abwanderung (vor allem jüngerer Facharbeiter), Einstellungsstopp, natürlicher Abgang und Kurzarbeit haben den Beschäftigungsrückgang aufgefangen und die Kernarbeiterschaft vorläufig intakt gelassen. Allerdings: Sobald die angekündigten, gewerkschaftlicherseits unterstützten (!) Rationalisierungs-, d.h. auch Freisetzungspläne realisiert werden, verschärft sich die Situation quantitativ wie qualitativ; und diese Zuspitzung trifft auf eine programmatisch wie strategisch völlig unvorbereitete

Gewerkschaftsbewegung (auch an der Saar). Im unauflösbaren Widerspruch zwischen „kapitallogischer“ Rationalisierung und „arbeitslogischer“ Humanisierung befangen, setzt sie weiter auf oberflächliche, abgegriffene Machtumverteilungs-Parolen. Doch die verlegene Forderung nach mehr *Mitbestimmung* sichert keine Arbeitsplätze – gerade das Schicksal des Montanbereichs macht dies überdeutlich.

6. Fazit

Was das politische Stabilitätsniveau der BRD anbelangt, ist Arbeitslosigkeit – allen Befürchtungen/Hoffnungen zum Trotz – einstweilen kein gefährlicher Störfaktor. Um den status quo zu erschüttern, muß sie innerhalb spezifischer Bedingungskonstellationen auftreten, die wir für die saarländische Stahlindustrie vermuten. Allerdings zeigen die inzwischen (ab Januar 1978) eingetretenen *ökonomischen* Veränderungen, daß diese Bedingungskonstellationen nicht *kurzfristig* und *bruchlos* wirken: die bisherigen Massentlassungen in Neunkirchen (900) und Burbach (3.500), teils durch Frühverrentung, teils durch Sozialpläne „abgefedert“, konnten die Individualisierung kaum in größerem Umfang aufbrechen. Beim Sanierungskonzept des luxemburgischen ARBED-Konzerns, das nach Eingliederung der Neunkircher Eisenwerke und der Stahlwerke Röchling-Burbach in einen Einheitskonzern die Stabilisierung des Stahlbereichs bis 1983 auf ca. 25.000 Arbeitsplätze vorsieht (Verlust von weiteren 8.800 Arbeitsplätzen), geht der *politische* und *ideologische* Streit nur darum, ob eine *Streckung* der Entlassungen bis 1990 (Saar-SPD und IG Metall) sowie bestimmte Auflagen zur langfristigen Erhaltung des saarländischen Montankerns (Bau einer Zentral-Kokerei und eines Blasstahlwerks) über vertragliche Abmachungen (Landes- und Bundesregierung) oder staatliche Beteiligung (Saar-SPD, teilweise IG Metall) abgesichert werden kann. Die von der IG Metall bei Demonstrationen vorgetragene Forderung nach Überführung der Stahlindustrie in Gemeineigentum hat vorwiegend deklamatorischen Wert. Trotz alledem: Die Basis scheint immer noch darauf zu hoffen, daß „ihre“ Gewerkschaft schon einen Weg aus der Misere finden wird.

Literatur

- Aiken, M. et al. 1968: Economic Failure, Alienation, and Extremism. Ann Arbor.
- Altwater/Hoffmann/Schöller/Semmler 1974: Entwicklungsphasen und -tendenzen des Kapitalismus in Westdeutschland, In: Prokla 13 (Teil 1), S. 101 ff.; 16 (Teil 2), S. 55 ff.
- Baethge, M., M. Schumann 1975: Legitimation und Staatsillusion im Bewußtsein der Arbeiter – Überlegungen zum Staatsverständnis der Arbeiter anläßlich einer empirischen Studie. In: M. Osterland (Hg.), Arbeitssituation, Lebenslage und Konfliktpotential. Frankfurt. S. 38-69.
- Bakke, E.W. 1969: Citizens Without Work. Hamden (Orig.: 1940).
- Bierbaum, C. et al. 1977: Ende der Illusionen? Frankfurt-Köln.
- Brandes, V. 1977: Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik – Erscheinungsformen, Auswirkungen, Verarbeitungsweisen und Abwehrperspektiven. In: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 10. Frankfurt. S. 187-245.
- Buttler, G., B. Hof, 1977: Bevölkerung und Arbeitsmarkt bis zum Jahr 2000, Köln.
- Citrin, J. 1974: Comment: The Political Relevance of Trust in Government. In: American Political Science Review, 68, S. 973-988.
- Coates, K. 1974: Fabrikbesetzungen in Großbritannien. In: O. Jacobi et al. (Hg.), Gewerkschaften und Klassenkampf. Kritisches Jahrbuch 1973. Frankfurt. S. 242-257.
- Das Saarland als Grenzregion und Kernzone. In: Neue Zürcher Zeitung, Fernausgabe v. 7.8.1977.
- Dombois, R. 1976: Massentlassungen bei VW: Individualisierung der Krise. In: Leviathan, 4, S. 432-464.
- Eckart, C. et al. 1975: Arbeiterbewußtsein, Klassenzusammensetzung und ökonomische Entwicklung. Empirische Thesen zum „instrumentellen Bewußtsein“. In: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 4. Frankfurt. S. 7-64.
- Eisenberg, P., P.F. Lazarsfeld 1938: The Psychological Effects of Unemployment, 35, S. 358-390.
- Erd, R. 1976: Der Arbeitskampf in der Druckindustrie – ein politischer Streik. In: Leviathan, 4, S. 517-542.
- Esser, J. W. Fach, W. Vöth 1978: Die sozialen Kosten einer modernisierten Volkswirtschaft: Arbeitslosigkeit und gesellschaftliche Desintegration. In: PVS-Sonderheft 9
- Freiburghaus, D., G. Schmid 1975: Theorie der Segmentierung von Arbeitsmärkten. In: Leviathan, 4, S. 417-448.
- Fröbel, F. et al. 1977: Die neue internationale Arbeitsteilung, Reinbek.
- Geschäftsberichte 1974-76 Röchling Burbach, 1974-75 Eisenwerke Neunkirchen AG, 1976 Dillinger Hütte AG.
- Glastetter, W. 1976: Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik im Zeitraum 1950-1975. In: IG Metall (Hg.), Krise und Reform in der Industriegesellschaft, Bd. 1. Frankfurt. S. 22 ff.
- Goldthorpe, J.H. et al. 1970: Der „wohlhabende“ Arbeiter in England I. München.
- Guckelmuß, K. 1977: Bröckelt der Montankern auseinander? In: Arbeitnehmer, 3-4.
- Hauff, V., F. W. Scharpf 1975: Modernisierung der Volkswirtschaft. Frankfurt/M.-Köln.
- Hildebrandt, E. 1975: Entwicklung der Beschäftigtenstruktur und der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik. In: Prokla 19-20-21, S. 41 ff.
- Hopf, S., W. Hopf 1976. Gleichgültigkeit und Identifikation als Kategorien der Analyse von Klassenbewußtsein. In: Probleme des Klassenkampfes, 22, S. 67-100.
- IGM-Dokumentation aus Presseberichten: Stahlkrise/Saar 77, St. Ingbert 1977.
- Industrie- und Handelskammer des Saarlandes: Saarländische Wirtschaft 1976, Jahresbericht. Dillingen 1977.
- Jahoda, M. et al. 1975. Die Arbeitslosen von Marienthal. Frankfurt (Orig.: 1933).
- Jessen, T. 1977: Entwicklung der industriellen Branchenstruktur in Frankreich und der Bundesrepublik. Diplomarbeit Konstanz.
- Klaus, P./B. Lang 1974. Überblick über die deutsche Stahlindustrie unter besonderer einzelwirtschaftlicher Berücksichtigung der wichtigsten Hüttenbetriebe. Veröffentlichungen aus dem Arbeitsbereich der Kreditanstalt für Wiederaufbau Nr. 12/74.

- Komarowsky, M. 1940: *The Unemployed Man and his Family. The Effect of Unemployment Upon the State of the Man in Fifty-nine Families.* New York.
- Leggett, J. C., D. Street 1965: *Economic Crisis and Expectations of Violence: A Study of Unemployed Negroes.* In: A. B. Shostak, W. Gomberg (eds.), *Blue-Collar World.* Englewood Cliffs. S. 506-512.
- Mann, M. 1970: *The Social Cohesion of Liberal Democracy.* In: *American Sociological Review*, 35, S. 423-439.
- 1975: *The Ideology of Intellectuals and Other People in the Development of Capitalism.* In: L. Lindberg et al. (eds.), *Stress and Contradiction in Modern Capitalism.* Lexington, S. 275-305.
- Mattick, P. 1969: *Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenbewegung in den USA 1929 bis 1935.* Frankfurt (Orig.: 1936).
- Narr, W., C. Offe 1976: *Was heißt hier Strukturpolitik?* In: *Technologie und Politik* 6, Reinbek b. Hamburg 1976, S. 5 ff.
- Nickel, W. 1972: *Zum Verhältnis von Arbeiterschaft und Gewerkschaft.* Köln.
- Offe, C. 1970: *Leistungsprinzip und industrielle Arbeit.* Frankfurt.
- 1972: *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates.* Frankfurt.
- Oppolzer, *Entfremdung und Industriearbeit.* Köln 1974.
- Orzak, L. H. 1972: *Work as a "Central Life Interest" of Professionals.* In: C. D. Bryant (ed.), *The Social Dimensions of Work,* Englewood Cliffs, S. 8 - 16
- Paul, G., A. Wacker 1975: *Staatsloyalität und Krisenbewußtsein – ein marxistischer Deutungsversuch.* In: S. Laturner, B. Schön (Hg.), *Jugendarbeitslosigkeit.* Reinbek b. Hamburg. S. 62-70.
- Piven, F. F., R. A. Cloward 1977: *Regulierung der Armut, Die Politik der öffentlichen Wohlfahrt.* Frankfurt (Orig.: 1971).
- Poulantzas, N. 1975: *Klassen im Kapitalismus – heute.* Westberlin. Prognos Report Nr. 7: *Die Bundesrepublik Deutschland 1980 - 1985 - 1990.* Basel 1976.
- Redaktionskollektiv „express“: *Spontane Streiks: 1973, Offenbach* 1974.
- Röchling, P. 1961: *Die eisenschaffende Industrie an der Saar im Montandreieck.* Kiel.
- Röper, B. 1974: *Rationalisierungseffekte der Walzstahlkontore und der Rationalisierungsgruppen,* Berlin.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: *Zeit zum Investieren, Jahresgutachten 1976/77.*
- Saterdag, H. 1975: *Situationsmerkmale von Arbeitslosen Anfang 1975 und Voraussetzungen für die Aufnahme einer neuen Beschäftigung.* In: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, 8, S. 136-148.
- Schaille, U. 1976: *Der Arbeitskampf der Druckerbeiter in der Tarifrunde 1976.* In: *Probleme des Klassenkampfes*, 24, S. 3-25.
- Scharpf, F. W. 1974 *Krisenpolitik.* In: P. v. Oertzen/H. Ehmke/H. Ehrenberg (Hrsg.): *Thema Wirtschaftspolitik.* Bonn-Bad Godesberg.
- Scharpf, F.W. 1976: *Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur in der Bundesrepublik Deutschland, Entwicklung und Perspektiven.* In: *Krise und Reform in der Industriegesellschaft, Protokoll der IG Metall-Tagung, Frankfurt/M.*
- Schatz, K. 1976: *Zum sektoralen und regionalen Strukturwandel in der BRD.* In: *WSI-Mitteilungen*, 11, S. 653 ff.
- Schmid, G. 1977. *Zum Problem der ‚strukturellen Arbeitslosigkeit‘, WZB discussion papers.*
- Schröder, D. 1976: *Regionale und sektorale Strukturpolitik als Beschäftigungspolitik.* In: *IG Metall, a.a.O., Bd. 2, S. 205 ff.*
- Schwartz, M., G. Henderson 1965: *The Culture of Unemployment: Some Notes on Negro Children.* In: A. B. Shostak, W. Gomberg (eds.), *Blue-Collar World.* Englewood Cliffs. S. 467-476.
- Stahlkrise und Arbeitslosigkeit an der Saar. In: *express* Nr. 5, 17.5.1977.
- Sykes, A. J. M. 1965: *Some Differences in the Attitudes of Clerical and Manual Workers.* In: *Sociological Review*, 13, S. 297-310.

- Tennstedt, F. 1976: Zur Ökonomisierung und Verrechtlichung in der Sozialpolitik. In: A. Murswiek (Hg.), Staatliche Politik im Sozialsektor. München. S. 139-165.
- Volmerg, U. 1976: Zum Verhältnis von Produktion und Sozialisation am Beispiel industrieller Lohnarbeit. In: T. Leithäuser, W. R. Heinz (Hg.), Produktion, Arbeit, Sozialisation. Frankfurt. S. 105-127.
- Wacker, A. 1976 a: Arbeitslosigkeit als Sozialisationserfahrung – Skizze eines Interpretationsansatzes. In: Th. Leithäuser, W. R. Heinz (Hg.), Produktion, Arbeit, Sozialisation. Frankfurt. S. 171-187.
- 1976 b: Arbeitslosigkeit. Frankfurt.
- Wacker, A., G. Paul 1975: Der Zumutbarkeitsbegriff des Arbeitsförderungsgesetzes oder ein Lehrstück der Widersprüche von Reformen im Sozialstaat. In: Kritische Justiz 8, S.339-356.
- Wagner, W. 1976: Verelendungstheorie – die hilflose Kapitalismuskritik. Frankfurt.
- Wolter, E. 1974: Strukturelle Anpassungsprobleme der westdeutschen Stahlindustrie. Tübingen.
- Zeh, A. 1977: Krise der Stahlindustrie in den kapitalistischen Ländern. In: IPW-Berichte 7.

Gewerkschaftsanalysen in der PROKLA:

- Willi Semmler/Jürgen Hoffmann: Kapitalakkumulation, Staatseingriffe und Lohnbewegung, in PROKLA Nr. 2 (1972)
- Hans Ullrich: Kapitalistische Entwicklung und Rolle des Staates in der Einschätzung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, in: PROKLA Nr. 6 (1973)
- Betriebsgruppe BMW: Betriebspolitik bei BMW, in: PROKLA Nr. 7
- P. G. Lopez: Material zur spanischen Streikbewegung, in: PROKLA Nr. 13 (1974)
- Autorenkollektiv: Betriebspolitik am Beispiel OSRAM, in: PROKLA Nr. 23, (1976)
- Hildebrandt/Olle/Schoeller: National unterschiedliche Produktionsbedingungen als Schranke einer gewerkschaftlichen Internationalisierung, in: PROKLA Nr. 24 (1976)
- Thomas Isensee/Christel Neusüß: Der Berliner GEW-Konflikt, in: PROKLA Nr. 27 (1977)
- Eckart Hildebrandt: Feuern ohne zu Heuern – Betriebliche Personalpolitik in der Krise 1975/76, in: PROKLA Nr. 26 (1977)
- Karl Lauschke: Zur Kritik gewerkschaftlicher Bildungsarbeit, in: PROKLA Nr. 28 (1977)
- Olle/Schoeller: Auslandsproduktion und strukturelle Arbeitslosigkeit, in: PROKLA Nr. 29 (1977)
- Wolfgang Müller/Christel Neusüß: Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital, in: SONDERHEFT der PROKLA Nr. 1 (1971)